



Ca. 600 Europa-Eritreer aus Veldhoven, Niederlanden vertrieben Das Recht auf Versammlung gilt für Menschen mit schwarzer Hautfarbe nicht

Teklia Mekonnen, M.A.

21. April 2017

In der Bundesrepublik Deutschland oder anderswo in Europa wäre solch eine Schande nicht passiert. Mehr als 600 Europa-Eritreer wurden in den Osterfeiertagen aus dem privaten Konferenzort der NH-Hotels in der niederländischen Stadt Veldhoven mitten in der Nacht von der Polizei regelrecht vertrieben.

Was ist aus einem „weltoffen pluralistischen“ Land wie die Niederlanden geworden?

Für die jungen Niederländer eritreischer Herkunft, die in dem Land aufwuchsen und mit Jahr langem harter Arbeit die YPFDJ Konferenz organisierten, ist das kurzsichtig menschenunwürdige Handeln des Bürgermeisters verantwortungslos und rassistisch-politisch motiviert. Wie kann und warum soll ein liberaler Bürgermeister kurz vor dem Konferenzbeginn solche fatale Entscheidung treffen? Wie ist das zu verstehen? Wie kann man einem Minderjährigen es begreifbar machen, wenn die Erwachsenen selbst dies nicht tun?

Doch wenn es um die schwarzen Niederländer eritreischer Herkunft geht, die unantastbar niederländisch-europäischen Werte wie Menschenrechte, Humanität, Rede- und Versammlungsfreiheit, Gastrecht, Antidiskriminierungsgesetze etc. gelten nicht. Die kann man nur aus der rassistisch-menschenfeindlichen Perspektive erklären. Sonst nicht.

Den jungen ca. 600 Europa-Eritreern, welche sich auf der jährlich stattfindenden YPFDJ Konferenz in der holländischen **Veldhoven** in den Osterfeiertagen versammelten, wurden ihre Rechte auf Versammlung, das Gastrecht und die Gleichbehandlung vor dem Gesetz von den niederländischen Behörden buchstäblich beraubt. Dies ist nicht nur rechts- und verfassungswidrig sondern auch unmenschlich, politisch motiviert, rassistisch und meilenweit von Menschlichkeit und humanistisch-zivilisierten Denkens und somit als große Menschenrechtsverletzung zu verurteilen und nicht zu tolerieren.

Die Entscheidung des Bürgermeisters **Jack Mikkers** und der niederländischen Regierung ist eine Verletzung der Menschen- und Grundrechte der europäischen Bürger, die aus

Deutschland, Niederlanden, Italien, Schweden, Dänemark, Großbritannien, France, Schweiz, Belgien, Finnland und aus den USA und Kenia in die kleine Stadt eingereist sind.

Die Veranstalter der 13. YPFDJ Konferenz, die am Donnerstag, den 13. April 2017 in der Stadt Veldhoven in den Niederlanden begann, wurden aufgefordert, die Konferenz zu unterbrechen und gleichzeitig den Veranstaltungsort sofort zu verlassen. Der Bürgermeister setzte den ganzen Militärapparat und eine Schar von Medienvertretern in Bewegung, um die friedliche und disziplinierten Konferenzteilnehmer im schlimmsten Falle – wenn die Teilnehmer sich geweigert hätten – auch mit purer Gewalt und Knüppel wie Verbrecher aus ihren Hotelzimmern zu vertreiben, zu deportieren und höchstwahrscheinlich in die Gefängnissen zu stecken.

Im postfaktischen Zeitalter musste das ganze Szenario gut vorgeplant worden sein. Zuerst setzt man eine Fiktion der „Sicherheitsrisiko für die Allgemeinheit“ in die Szene und dann trifft die Entscheidung, um die Konferenz zu zerstören. Der dramatische Akt der Entscheidung war genauso wie der Journalist einmal zum Kommandanten der Soldaten in der Kriegszone sagte „Schießen Sie ich habe einen Vogel zu fangen“.

Die organisatorische Flexibilität der Konferenzveranstalter, die Disziplin, die Ruhe und Besonnenheit der Veranstaltungsteilnehmer, womit die Sonderkommandos der Polizei und die Medien von Veldhoven anderswo wohl nicht gerechnet hatten, ist bewundernswert und wird in der Geschichte dieser Stadt nachhaltige Spuren hinterlassen. Mit Exzellenz schafften es die Veranstalter innerhalb von 1,5 Stunden die 600 Konferenzteilnehmer nach Amsterdam, Rotterdam und Brüssel ohne Zwischenfälle zu transportieren, wo die Konferenz in den drei Städten weiterging.

Als der Invasionskrieg zwischen Eritrea und Äthiopien im Mai 1998 ausbrach wurden mehr als 80000 Eritreerinnen und Eritreer aus Äthiopien zwangsdeportiert und als Hauptgrund dafür gab die äthiopische Regierung an "Die Farbe eurer Augen gefällt uns nicht".

Keiner hätte es je gedacht, dass eine ähnliche Version der Austreibung der jungen Eritreerinnen und Eritreern auch in den „liberal pluralistischen Niederlanden“ passieren würde. Die Holländisch-Eritreer und die eritreisch-europäischen Bürger wurden die Grundrechte auf ihre jährliche friedliche Versammlung literarisch beraubt. Es ist unbegreiflich wie soetwas in einem „weltoffenen“ Land wie die Niederlanden passieren kann. Wo ist die liberal niederländische Demokratie geblieben?

In der Onlinzeitung Dutch(Fake)News vom 14. April 2017 ist von den „Unterstützer der Diktatur“ die Rede. Dass in Eritrea eine Diktatur herrsche sein einfach FAKE. Zweitens wenn in Eritrea eine Diktatur herrschen sollte, ist dies nur eine Sache der Eritreer selbst, sich darum zu kümmern. Drittens die große Mehrheit der eritreischen Bevölkerung will und möchte die selbstlose und kluge Regierung. Dies ist Fakt.

Eritreerinnen und Eritreer, die in den Niederlanden sowie im ganzen Europa leben, halten seit Jahrzehnten ihre jährlichen Konferenzen friedlich und liefen ohne einen einzigen Zwischenfall. Das ist Fakt.

Die jährlichen Versammlungen bietet eine wunderbare und einzigartige Gelegenheit, die eritreische Kultur und Traditionen zu pflegen und vorzustellen, sich mit Eritreern aus allen europäischen Ländern zu treffen und auszutauschen. Die Konferenz bietet den Teilnehmerinnen und Teilnehmern einen Rahmen für Unterhaltsamkeit, Bildung, Erholung, Vernetzung und Entdeckung. Die Teilnehmern erhalten einen Blick in die eritreische Kultur durch Musik und Tanz, Kunst und Kunsthandwerk, Ausstellungen, Bildungsseminare und Diskussionsforen.

Die diesjährige Konferenz, die für den 13. bis 17. April 2017 geplant war, musste leider durch eine verzerrte Informationen, Fakenews, mitten drin abgebrochen werden. Es ist nur große Schande mit anzusehen und es erleben zu müssen, wie die niederländischen Behörden durch solchen Fakenews-Informationen von einigen eritreischen "Verrätern" und „Eritreaexperten“ und falsch wahrgenommenen Medienberichten fehlgeleitet wurden, wenn es nicht wollten. Wollten oder wurden sie fehlgeleitet? Die erste spricht eher dafür, dass die Akteure wohlwissend Teil der ganzen Inszenierung waren.

Für mehr als ein halbe Jahrhundert hat die eritreische Bevölkerung Erfahrungen mit Akteuren der Alternative-Realities und sie wird den niederländischen Behörden, der Regierung und den Medien die bittere Realität vor Augen vorführen.

Die Demokratie basiert auf die Prinzipien der Mehrheitsentscheidung und nicht umgekehrt. Aus bislang noch nicht bekannten Motiven hat der Bürgermeister die Konferenz in Veldhoven zu halten verboten und vertrieb die Konferenzteilnehmer aus dem Ort, weil eine Handvoll „ geflüchteten Eritreern“ – ob sie Eritreer waren, ist sehr dubios und zweifelhaft - ihn angeblich bedrohten und die Polizei falsche Informationen vorgaukelten die Stadt mit einer gewaltsamen Demonstration zu terrorisieren.

Die Tatsache, dass Bürgermeister **Jack Mikkers** Tage vor der Konferenzeröffnung in seiner Presseerklärung vor den Medien die Anschrift und den Veranstaltungsort bekannt gab, ohne die Veranstalter zu fragen und den Hotelmanagern zu fragen, wirft grundsätzlich viele Fragen auf, warum er so gehandelt hat.

Die Mitglieder der eritreischen Gemeinden in den Niederlanden sowie die Europa-Eritreern sind durch die falschen Anschuldigungen und die Fehlentscheidung des Bürgermeisters und die Verletzung der Grundrechte empört und zutiefst schockiert. Die ganze Welt muss entsetzt und schockiert worden sein mit anzusehen und zuhören, wie die friedliebenden europäischen Staatsbürger ihren grundlegenden und demokratischen Rechten regelrecht beraubten wurden. Wenn diese Menschen weiße Hautfarbe hätten, wäre dies NICHT passiert.

Jeder Mensch hat ein Recht sich zu sammeln, zu treffen oder Feste zu feiern solange der soziale Frieden nicht gestört wird. Die Konferenzteilnehmer waren friedlich, diszipliniert und somit unschuldig. Die handvollen Demonstranten ohne Erlaubnis zu demonstrieren waren dagegen gewalttätig, asozial und diktatorisch, die paar friedliche Teilnehmerinnen und Teilnehmer brutal angegriffen hatten und die Polizei stand da und schaute einfach nur zu und tat nichts, um die Opfer zu schützen. Dies ist kriminell und Missbrauch der staatlichen Gewalt. Deshalb gilt die Polizei in diesem Fall als Mittäter während des Gewaltausbruchs. Ein unterlassen Hilfestellung der Polizei. Polizei als Komplize der Gewalttäter. Einfach unfassbar.

Die Polizei ist grundsätzlich verpflichtet den Unschuldigen Schutz zu gewähren. Den Schuldigen zu verhaften und vor Gericht zu bringen. Dies hat die Polizei nicht getan. Außerdem war der soziale Frieden keines Weges gefährdet gewesen, wegen der handvollen Demonstranten. Es gab also keinen triftigen Grund die Konferenz zu unterbrechen. Es gab auch keinen einzigen Grund die Konferenzteilnehmerinnen und –Teilnehmer aus den Hotelzimmern und aus dem Veranstaltungsort regelrecht zu deportieren, obwohl sie dazu das Recht hatten als Hotelgäste dort zu bleiben.

Den niederländischen Behörden, der Polizei und der Mainstream Medien kann man keine Naivität, Unwissenheit oder Dummheit vorwerfen, denn der Fall war durchstudiert und vorgeplant und mit Vorsatz durchgeführt. Den niederländischen Medien wie NOS TV ist Feigheit und Trägheit oder Mittäterschaft vorzuwerfen. Denn wenn sie mutig und Respekt vor ihrem Job haben, sollen sie wie die schweizerische, englische und norwegischen Kollegen nach Eritrea reisen, um dort vor Ort zu recherchieren und selbst ein Bild von Eritrea zu machen. Sie müssen aber auch die Zentren der in den Niederlanden lebenden eritreischen Gemeinden selbst besuchen und dort selber recherchieren, bevor sie von einigen „möchte gern Oppositionspolitiker“ oder „möchte gern Eritreaexperten“ wie **Mirjam van Reisen** für billige politische Zwecke missbrauchen lassen. Van Reisen ist bekanntlich eine Aktivistin für eine Regime Change in Eritrea.

Nun ist es Faktum, dass die überwiegende Mehrheit der Europa-Eritreer die eritreische Regierung mit Recht unterstützt. Deshalb darf weder ein Bürgermeister noch die niederländische Regierung ihnen ihre Grundrechte berauben oder wie es hier in Veldhoven in der vergangenen Woche geschah, die polizeilich angemeldete Konferenz kurze vor dem Beginn verbieten, aus dem Veranstaltungsort zu vertreiben und den Polizeischutz verweigern.

Was wir am vergangen Wochenende in der Stadt Veldhoven beobachten konnten ist typisches Beispiel der Doppelmoral niederländischer Behörden. Solch eine Schande soll es nie wieder passieren. Dieses Ereignis soll alle Europa-Eritreern als Bürger Europas wachrütteln gemeinsam mit allen rechtlichen Mitteln und mit Nachdruck für ihre berechnigte Rechte zu kämpfen, um die Schuldigen vor Gericht zu bringen, Entschädigung und Wiedergutmachung zu erlangen und vor allem ihre unantastbare Würde wiederherzustellen. Denn die Prinzipien des friedlichen Zusammenlebens sind in Gefahr, wogegen alle friedliebenden Menschen stemmen und sich wehren sollten.

Teklia Mekonnen
badmenow2006@yahoo.com